Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe September 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Michael Felten: Pädagogischer Optimismus**
- **Diagnose:funk: Leopoldina fordert Smartphone- und Social Media Verbote an KiTas und Schulen. ...**
- **Alfred de Zayas: Missachtung internationaler Abmachungen gefährdet Frieden und Demokratie**
- **Bernh. Trautvetter: Deutschland ist seit 70 Jahren NATO-Mitglied: 70 Jahre Lüge, Eskalation und Zerstörung**
- **U.P. Gasche & S. Jahn: ... zur Geschichte der Halbinsel Krim**
- **Norman Paech: Verteidigung Israels? Angriff auf das Völkerrecht!**
- **Andreas Mylaeus: Stellvertreterkrieg Israels gegen BRICS**
- **Jakob Reiman: Ilan Pappé über Gaza, das Ende des Zionismus und die Mitschuld des Westens**
- **Jeffrey Sachs: Offener Brief Israels Außenminister**
- **BüSo: Dänisches Fernsehen: Israels Ex-Premierminister Olmert verurteilt Gaza-Krieg**
- **BüSo: Reuters-Fotografin tritt wegen Tötung von Journalisten in Gaza durch Israel zurück**
- **Marta Andujo: Gipfeltreffen der Haager Gruppe: Sechs Maßnahmen, um den Völkermord in Palästina zu stoppen**
- **Ewald Wetekamp: Von der Erosion des Rechts zur Usurpation der Macht**
- **Maike Gosch: Der Internationale Strafgerichtshof im Kreuzfeuer von Politik und Geheimdiensten**
- **Christian Kreiß: Leistungslos abkassieren**
- **M. Botenga: Die schändliche Rolle der EU im Kongokrieg**
- **Ariet Güttinger & Peter König: Neutralität als Friedensmotor: Internationales Kolloquium in Genf**

**Das ältere Recht, dasjenige, das ein Hindernis für Interventionen darstellt,
ist das Recht, auf das wir uns konzentrieren müssen.
Es ist das Recht der UN-Charta, der entfernte Erbe des Natur- und Völkerrechts.
Es ist das Recht, das allen Völkern der Erde gleiche Rechte zugesteht.**

Editorial

Die ersten beiden Beiträge dieser Ausgabe beschäftigen sich mit pädagogischen Themen. Michael Felten erinnert vor dem Hintergrund der heutigen "Ermäßigungspädagogik" daran, dass ein ermutigendes, verstehendes und führendes Lehrerverhalten eine "bindungsbasierte Schulpädagogik" darstellt. Neben persönlichen Beziehungen wären daher laut Leopoldina ein Handyverbot in der Grundschule und altersgerechte Nutzungsbeschränkungen für die digitalen Medien erforderlich.

*Das Thema Krieg nimmt leider wieder breiten Raum ein. Alfred de Zayas sieht in der zunehmenden **Kriegspropaganda** durch unsere Politiker Verstöße gegen mehrere Artikel des UN-Paktes und fordert Abrüstung sowie mehr internationale Solidarität und Diplomatie. Bernhard Trautvetter setzt sich kritisch mit der Rede von Pistorius zur 70 Jahr-Feier der NATO-Mitgliedschaft auseinander.*

*Urs Gasche legt die **Geschichte der Krim** einschließlich der von Kiew abgelehnten Willensbekundungen der Bevölkerung bis hin zu einer militärischen Operation Kiews gegen die auf Autonomie beharrende Krim genau dar und verurteilt trotzdem Russlands militärisches Eingreifen. Das Urteil von Gasche wird nach Sabiene Jahn der Geschichte der Krim und des **Sonderstatus der Volksrepubliken** in der Ostukraine nicht gerecht; für sie führt Russland diesen Krieg aufgrund des erbetenen Schutzes mit dem **Recht auf Selbstverteidigung**.*

*Norman Paech stellt klar, dass **Israels Angriffe auf Iran und in Gaza** völkerrechtlich illegitim sind. Andreas Mylaeus stellt dies in den Zusammenhang der jahrzehntelangen Strategie des Westens, die die Aufrüstung und nukleare Bewaffnung Israels beinhaltet. Auch Ilan Pappé verurteilt die **systematische Aggressivität Israels** und sieht nur einen demokratischen Staat, nicht eine Zweistaatenlösung, als langfristigen Ausweg. Sogar der ehemalige Ministerpräsident Olmert kritisiert – auch im Interesse Israels – die Ausrottungspolitik seines Nachfolgers Netanjahu. Jeffrey Sachs hat einen offenen Brief an den israelischen Außenminister geschrieben, in dem er, selbst ein Jude, an die **jüdischen Traditionen** erinnert, die die gegenwärtige Kriegsführung nicht rechtfertigten. Die einseitig **pro-israelische Berichterstattung durch Reuters** angesichts der systematischen Ermordung von 245 Journalisten hat eine Fotografin zur Kündigung bei Reuters veranlasst.*

*Eine im Januar 2025 gegründete "**Progressive Internationale**" von Staaten hat in Bogota Vorschläge zur Beendigung des Krieges von Israel gemacht.*

.....

.....

Über die **Erosion des Rechts** in Deutschland macht sich Ewald Wetekamp anlässlich der parteipolitisch geprägten Wahl von Verfassungsrichtern Sorgen. Auch der Internationale Strafgerichtshof wird massiv unter Druck gesetzt, vor allem von Geheimdiensten, wenn es um die Kriegsverbrechen des Westens, vor allem auch Israels geht.

In seinem Beitrag macht sich Christian Kreiß Gedanken über die **weltweit ungleiche Verteilung von Eigentum, Grundbesitz und dem Ertrag aus konkreter Arbeit** und entwickelt Vorschläge, wie eine gerechtere Verteilung organisiert werden kann. Als ein Beispiel für räuberische Ungerechtigkeiten kann der **Krieg im Kongo** gelten, in dem die EU das verbündete Ruanda zu Plünderung und Export kongolesischer Rohstoffe unterstützt. Eine Gegenbewegung wurde von Friedensaktivisten aus aller Welt in Genf gestartet, die ein **Netzwerk zur Aktivierung von Neutralität und Diplomatie** aufbauen wollen.

[Inhalt](#) ↑

● Michael Felten: **Pädagogischer Optimismus**

Michael Felten erinnert mit seinem Beitrag an Alfred Adler, den Begründer der Individualpsychologie, der nach Felten sagte: "Jedes Kind, mag es biografisch auch noch so belastet sein, kann sein Lernverhalten und seine Sozialität in der Schule verändern und positiv entwickeln. Es braucht dazu allerdings standfeste und kundige Lehrpersonen, die seinen bisherigen Lernstil feinfühlig erfassen, es individuell ermutigen und herausfordern, und seine Verbundenheit mit einer prosozial geführten Klassengemeinschaft stärken." Felten weiß, dass dies das Gegenprogramm zu dem ist, "was in den letzten Jahren in der Bildungslandschaft Usus geworden ist". Heute üblich gewordene "Selbstlernidyllik" und "Ermäßigungspädagogik" und "Störungsdilettantismus" und "Inklusionseuphorie" seien wieder durch "bindungsbasierte Schulpädagogik" zu ersetzen. Lehrkräfte müssen wieder in die Lage versetzt werden, "[Kinder beim Lernen angemessen zu ermutigen](#), etwaige Lernstörungen genau zu verstehen und Auswege aus ungünstigen Verhaltensmustern zu weisen". Eine Lehrkraft komme weiter, wenn sie "nicht mit 'Sorgenkindern' kämpfe, sondern ihre Muster wohlwollend durchschaue – und ihre Energie in nützliche Bahnen lenke. Lehrkräfte, die dieses Metier beherrschen, sind chronischen 'Störenfrieden' aller Art weniger ausgeliefert, können sie auf sinnvollere Bahnen lenken."

[Michael Felten](#), Jg. 1951, arbeitet seit 35 Jahren als Gymnasiallehrer. Er ist auch in der Lehrerbildung tätig sowie Publizist und Schulentwicklungsberater. Er schreibt für ZEIT-online in der Serie "Schulfrage". Felten betreibt die Internetseite www.eltern-lehrer-fragen.de. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Diagnose:funk: **Paradigmenwechsel I: Leopoldina fordert Smartphone- und Social Media Verbote an KiTas und Schulen. Verbote und Regelungen bis zum 17. Lebensjahr gefordert**

Die Leopoldina, Nationale Akademie der Wissenschaften Deutschlands, spricht sich dafür aus, dass [Social-Media-Accounts für Kinder unter 13 Jahren gar nicht](#), für Jugendliche zwischen 13 und 15 Jahren nur mit gesetzlich vorgeschriebener elterlicher Zustimmung nutzen sollen. Daher sollten Smartphone an Grundschulen verboten werden und an weiterführenden Schulen nur für pädagogische Zwecke genutzt werden dürfen. Zudem fordert Leopoldina altersgerechte Zugangs-

und Nutzungsbeschränkungen für soziale Medien, z. B. höhere Mindestalter. Begründet wird das schulische Verbot damit, dass hohe Bildschirmzeiten im Zusammenhang mit schlechteren schulischen Leistungen, geringerer Konzentrationsfähigkeit und eingeschränkter Sprachentwicklung stehen, dass die permanente digitale Ablenkung die soziale Interaktion und die psychische Gesundheit beeinträchtigt, und dass frühzeitige und unkontrollierte Nutzung sozialer Medien Risiken wie Cybermobbing, Suchtverhalten und die Verbreitung problematischer Inhalte erhöht.

Dazu werden gefordert: Klare gesetzliche Regelungen zu Nutzungseinschränkungen und Altersgrenzen; Ausbau digitaler Medienkompetenzprogramme für Schüler, Eltern und Lehrkräfte; Verpflichtende technische Schutzmaßnahmen (z. B. Jugendschutzfilter, Zeitkontrollen); Förderung analoger Freizeitangebote und Lernformen zur Stärkung sozialer und kognitiver Fähigkeiten sowie Forschung und Monitoring zu langfristigen Auswirkungen digitaler Mediennutzung bei Kindern und Jugendlichen.

[diagnose:funk](#) ist eine unabhängige Umwelt- und Verbraucher-Organisation, die sich seit 2009 vor allem für den Schutz vor elektromagnetischen Feldern und eine sinnvolle, gesundheitsverträgliche Telekommunikation einsetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Alfred de Zayas: **Missachtung internationaler Abmachungen gefährdet Frieden und Demokratie**

Für den Völkerrechtler und ehemaligen UNO-Mandatsträger Alfred de Zayas ist die den Frieden ablehnende und eskalierende "Haltung der Regierungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland und in anderen NATO-Ländern inkompatibel mit Artikel 2(3) und 2(4) der UN-Charta und [stellt eine "Bedrohung des Weltfriedens und internationalen Sicherheit" im Sinne des Artikels 39 der UN-Charta dar](#) – zumal die UN-Charta gemäß ihrem Artikel 103 "Priorität über alle anderen Verträge" habe, EU und NATO eingeschlossen. De Zayas beklagt, dass in Deutschland Politiker Macht ausüb(t)en, die nicht aus der Geschichte gelernt haben und denen Anstand, Demut, Ehre, Ehrlichkeit, Integrität und Wahrheitsliebe fremd sind. "Für diese Politiker spielt das Wohl des deutschen Volkes keine Rolle mehr." Diese Politiker agieren auch gegen Artikel 20 des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR), der "die Kriegspropaganda und die Aufstachelung zu Hass und Gewalt expressis verbis verbietet", oder gegen Artikel 19 IPBPR, der "Gesetze, die die Meinungsäußerung zu historischen Tatsachen unter Strafe stellen," verbietet und "kein generelles Verbot der Äußerung einer falschen Meinung oder einer falschen Interpretation vergangener Ereignisse" zulässt.

De Zayas empfiehlt: "Deutsche Bürger, die damit nicht einverstanden sind, sollten sich an den UN-Menschenrechtsausschuss wenden, deren Sekretär ich war. Als ehemaliger Chef der Petitionsabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, und in meinem Buch «United Nations Human Rights Committee Case Law» habe ich die Prozedur erklärt, wie man gegen Verletzungen des Paktes handeln soll." Für de Zayas ist "das heutige Deutschland [...] keine Demokratie mehr und kennt keine Meinungsfreiheit". Und dies werde von der EU geduldet, "denn es sitzen dieselben totalitären Geister in der EU wie in der Regierung in Berlin". Laut de Zayas hat die EU "keine Werte mehr, und gewiss kein Interesse am Frieden". Er fordert von allen Akteuren "einen Paradigmenwechsel, eine radikale Änderung unserer Haushaltsprioritäten: Weg von Krieg, weg von der Kriegsindustrie, hin zu einem Weg der Abrüstung. Wir brauchen mehr internationale Solidarität". Die Welt des 21. Jahrhunderts sieht de Zayas zunehmend "von den Entwicklungs- und Schwellenländern [...] bestimmt, auch von China, Indien, Südafrika, Brasilien, Indonesien". Dagegen würden die UNO und ihre Unterorganisationen, trotz ihrer bedeutenden Rolle für den Frieden und für den Multilateralismus, in den nächsten 20 Jahren mit erheblichen finanziellen Problemen konfrontiert.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bernhard Trautvetter: **Deutschland ist seit 70 Jahren NATO-Mitglied: 70 Jahre Lüge, Eskalation und Zerstörung**

Die Geschichte der NATO ist laut Bernhard Trautvetter von Kriegsverbrechen und Desinformation begleitet. Die 70-jährige NATO-Mitgliedschaft Deutschlands feierte die Bundeswehr am 09.07.2025 u.a. mit einer Rede von Verteidigungsminister Boris Pistorius. Dieser begann mit dem Loblied, die NATO sei vor 76 Jahren gegründet worden, denn "Frieden, Freiheit und Demokratie müssen geschützt und verteidigt werden. Das können wir nur gemeinsam." Trautvetter erinnert an das NATO-Gründungsnarrativ, nach dem von der durch den Zweiten Weltkrieg systematisch, massiv und umfangreich zerstörten Sowjetunion eine aggressive Gefahr ausgehe, die nur mit Abschreckung militärisch in Schach zu halten ist. Die Darstellung von Pistorius verfremdet nach Trautvetter die Geschichte der NATO, zu deren Blutspur u.a. die völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Jugoslawien, Libyen, Afghanistan und den Irak zu zählen sind. Trautvetters Fazit: "[Die NATO ist das Gegenteil der Verteidigung von Frieden, Freiheit und Demokratie](#). Sie bedroht die Lebensgrundlagen der Menschheit. Sie trägt mit ihrer Abschreckungsstrategie gegen China und Russland wie kein anderes Staatenbündnis dazu bei, dass die global notwendige Kooperation der Staaten zum Erreichen der UNO-Entwicklungsziele nicht zustande kommen kann."

[Bernhard Trautvetter](#), Jg. 1954, ehemaliger Berufsschullehrer, Friedensaktivist aus Essen, Organisator von Friedensaktivitäten; publiziert in verschiedenen Zeitungen und Foren; Träger des Düsseldorfer Friedenspreises 2018. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Urs P. Gasche & Sabiene Jahn: **Zwei Sichten zur Geschichte der Halbinsel Krim**

Die Chronologie "Die so andere Geschichte der Halbinsel Krim" (mit Kartenmaterial) von Urs P. Gasche rückt laut Sabiene Jahn "eine für die westliche Lesart unbequeme Wahrheit in den Vordergrund: Nicht Russland hat sich die Krim 2014 mit Gewalt einverleibt, sondern die Ukraine hatte bereits seit 1991 mit allen Mitteln versucht, sich diese gegen den erklärten Willen der dortigen Bevölkerung anzueignen. Zahlreiche Referenden, Abstimmungen und Parlamentsbeschlüsse auf der Krim zeugen davon, dass die Mehrheit der Krimbevölkerung stets für einen Sonderstatus, eine enge Anbindung an Russland oder gar für den Austritt aus der Ukraine votierte. [Doch Kiew ignorierte diese Willensbekundungen, drohte mit Gewalt](#), setzte Präsidenten ab, löste Parlamente auf und verhinderte mit juristischen Kniffen jedes Referendum, das eine Loslösung von der Ukraine erlaubt hätte. Die angewandten Mittel folgten stets demselben Muster: Juristische Annullierungen, polizeiliche und militärische Eingriffe, Androhung von Strafverfolgung wegen 'Separatismus' und die schrittweise Aushöhlung der Autonomierechte der Krim. 1995 gipfelte dies in einer regelrechten militärischen Operation: Bewaffnete Einheiten des ukrainischen Innenministeriums entwaffneten die Sicherheitskräfte des gewählten Krim-Präsidenten Juri Meschkow und deportierten ihn nach Moskau – ein von Kiew organisierter Putsch, der in westlichen Medien bis heute kaum thematisiert wird. Dass die Ukraine dennoch nicht erfolgreich war, lag an einer Kombination aus Faktoren. Zum einen an der klaren politischen und kulturellen Ausrichtung der Krim nach Russland, zum anderen an der fehlenden Bereitschaft Moskaus, den Druck aus Kiew dauerhaft hinzunehmen. Spätestens 2014, nach dem Sturz von

Präsident Janukowitsch und der Machtübernahme einer pro-westlichen Übergangsregierung, organisierte die Krim ihr eigenes Referendum – unter dem Schutz russischer Truppen, die de facto verhinderten, dass die ukrainische Armee dieses Referendum unterband. Das Ergebnis war eindeutig: Eine überwältigende Mehrheit sprach sich für den Anschluss an Russland aus. Mehrere unabhängige Umfragen westlicher Institute in den Jahren 2014 und 2015 bestätigten dies im Nachhinein.“

Trotz seiner akribischen Chronologie nimmt Gasche [laut Jahn einen sachlich unhaltbaren gedanklichen Bruch vor](#), indem er in seinem abschließenden Statement “eine westliche Standardformel wiederholt: Für Putins Krieg gegen die Ukraine gebe es ‘keine Entschuldigung’. Russland sei ‘nicht existenziell bedroht’ gewesen, ‘angegriffen schon gar nicht’. Deshalb könne der russische Einmarsch nicht gerechtfertigt werden.“ Jahn macht darauf aufmerksam, dass sich Russland hinsichtlich seiner “Sonderoperation“ auf das Recht zur Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta beruft. Die formelle Grundlage dafür sei für Moskau mit dem Abschluss der Beistandsverträge mit den beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk gegeben. Der militärische Eingriff sei erst erfolgt, nachdem Russland zuvor solange auf die Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets einschließlich eines Sonderstatus der Volksrepubliken in der Ukraine gedrängt habe, bis die von der Ukraine ausgehende dramatische Eskalation der Kampfhandlungen für Moskau keine andere Wahl mehr ließ, als den lange erbetenen Schutz zu gewährleisten. Jahn weist darauf hin, dass OSZE-Beobachter über Jahre hinweg dokumentierten, dass die überwältigende Mehrheit der Waffenstillstandsverletzungen von ukrainischer Seite ausging. Jahn weist auch darauf hin, dass ein Beitritt der Ukraine in die EU nach Art. 42 Abs. 7 des Lissabon-Vertrags automatisch eine militärische Beteiligung auch Deutschlands am Krieg gegen Russland erzwingen würde, solange die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die objektive Faktenlage für das Eingreifen Russlands nicht anerkennen.

[Urs. P. Gasche](#), Jg. 1945, ist ein Schweizer Journalist, Publizist und ehemaliger Fernsehmoderator. (Red.)

[Sabine Jahn](#) studierte Kommunikation der Werbewirtschaft und arbeitet als Journalistin, Moderatorin, Sängerin und Synchronsprecherin. Sie beschäftigt sich mit gesellschaftspolitischen Themen sowie der Recherche extremistischer Strukturen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Norman Paech: **Verteidigung Israels? Angriff auf das Völkerrecht!**

Nach Auffassung von Norman Paech kann die Israels Bombardierung iranischer Nuklearanlagen und ziviler Ziele auch dann nicht durch das Recht auf Selbstverteidigung gerechtfertigt werden, wenn man ein Selbstverteidigungsrecht auch bei unmittelbar bevorstehenden Angriffen bejaht; denn diese Voraussetzung sei nicht erfüllt gewesen. Auch [die israelische Kriegsführung in Gaza habe keine völkerrechtliche Legitimität](#). Die deutsche Bundesregierung müsse Waffenlieferungen an Israel einstellen, da sie davon ausgehen müsse, dass diese in völkerrechtswidrigen Kriegen eingesetzt werden. Machtpolitischer Missbrauch untergrabe das Völkerrecht, und die Gefahr von “Völkerrechtsnihilismus“ starker Staaten nehme zu. Paech erinnert daran, dass der Mittlere Osten schon lange im Brennpunkt geostrategischer Überlegungen sei (siehe Brzezinski, Neues Amerikanisches Jahrhundert, Irak). Er erinnert aber auch daran, wie seit 1842 versucht wird, Präventivkriege zu rechtfertigen.

[Norman Paech](#), Jg. 1938, emeritierter Hochschullehrer für politische Wissenschaft; Mitglied in der ‘Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen’ (VDJ), im ‘Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung e. V.’, im Wissenschaftlichen Beirat der [JALANA](#), im [IPPNW](#), bei Attac und im Auschwitz-Komitee. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Andreas Mylaeus: Stellvertreterkrieg Israels gegen BRICS**

Der Krieg im Nahen Osten ist nach Auffassung von Andreas Mylaeus die Umsetzung und [Fortsetzung einer jahrzehntelangen Strategie des Westens gegen den Iran](#), deren Verwirklichung einem Drehbuch folge, das sich in zahlreichen Dokumenten maßgeblicher US-Thinktanks nachvollziehen lasse. "Trotzdem wird weithin über diesen Krieg so berichtet, als handele es sich dabei um die Aktivität eines einzelnen Wahnsinnigen, wenn auch mit westlicher Unterstützung. Israels Ministerpräsident Netanjahu habe im Nahen Osten einen neuen Krieg vom Zaun gebrochen, indem er den Iran angegriffen habe, während dieser mit den USA über sein Atomprogramm verhandelt habe."

In seinem Artikel zeigt Mylaeus auf, dass dieser Krieg nicht von Israel entgegen den "friedlichen Absichten" der USA oder gar gegen deren Willen losgetreten worden ist, sondern sich nahtlos in die Strategie der angelsächsischen Politik gegenüber dem Iran seit 1953 einreicht. Die aktuellen Vorwände des Westens zur Begründung seines Präemptivangriffs auf den Iran seien nicht haltbar, da es "keine Anzeichen dafür [gibt], dass der Iran tatsächlich Regeln der IAEO verletzt hat". Selbst die US-Geheimdienstgemeinschaft sagte dem US-Senatsausschuss, dass der Iran keine Nuklearwaffen baue. Im Gegensatz dazu verfüge Israel über ein beträchtliches Arsenal von Atomwaffen, leugne dies aber nach wie vor. Auch wenn die USA behaupteten, an dem Angriff vom 12.06.2025 nicht beteiligt gewesen zu sein, belegten die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump, dass der Angriff abgesprochen war. Die USA haben zudem Luftbetankung und Geheimdienstinformationen geliefert, Truppen positioniert [*und iranische Atomanlagen bombardiert (Red.)*], ohne offiziell offen Krieg zu führen.

Mylaeus ordnet die Auseinandersetzung mit dem Iran als Stellvertreterkrieg Israels ein, der "gleichzeitig ein Krieg gegen die Machtverschiebungen in Eurasien darstellt, gegen die sich die 'Einzigste Weltmacht' (Brzezinski) stemmt". Das zeige sich "bereits an den sattsam bekannten angelsächsischen geopolitischen Interessen", die Mylaeus, beginnend mit der Herzland-Theorie Mackinders, unter Zitieren der Quellen darlegt. Im gegenwärtigen Krieg sei zwar auch ein Putsch beabsichtigt gewesen, aber nicht erreicht worden. Vielmehr sei die iranische Führung durch den gegenwärtigen Krieg gestärkt worden. Nach Mylaeus scheint der Westen entschlossen, "dem verhassten Systemkonkurrenten BRICS so viele Probleme wie möglich zu verursachen und damit seinen eigenen Untergang nach Möglichkeit zu verzögern. Ob die USA tatsächlich offiziell als Kriegspartei auftreten werden, hängt nicht zuletzt von der entschlossenen Reaktion Russlands und Chinas und ihrer Partner ab."

[Andreas Mylaeus](#) ist Mitarbeiter und Übersetzer beim Internetauftritt 'Seniora.org' und schreibt seit kurzem auch für 'Forum Geopolitica'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jakob Reiman: Die Geschichte wird nicht verzeihen: Ilan Pappé über Gaza, das Ende des Zionismus und die Mitschuld des Westens**

Der israelische Historiker Ilan Pappé äußert sich im Interview ausführlich zu dem Völkermord in Gaza, den besonderen Apartheidcharakter des israelischen Staates und die zunehmende Isolierung des Zionismus, den er anfangs befürwortet hatte und trotzdem eine gemeinsame Grundlage, nämlich die gemeinsame Heimat mit den Palästinensern, sah. Pappé sieht aber auch, dass das koloniale Siedlerprojekt des [Zionismus ein Hindernis für ein gutes Zusammenleben mit den Palästinensern](#) ist, ja zu einer Abkopplung der israelischen Juden von der palästinensischen Gesellschaft, Gemeinschaft und dem gemeinsamen Erbe führen musste. Nach Pappé will die palästinensische Bevölkerung der jüdischen Bevölkerung nicht das antun, was umgekehrt geschieht. In der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) sieht Pappé eine Gemeinschaft,

die gleichberechtigt mit den Juden leben wollen, da sie "immer noch glauben, dass nicht alle israelischen Juden so brutal sind wie die Armee oder die Siedler".

Dass die Europäer inzwischen den seit 19 Monaten stattfindenden Völkermord kritisieren, ist Pappé zu wenig. Ihm fehlen die Taten. Da zudem nicht anzunehmen ist, dass sich das israelische Verhalten auch nach einem Machtwechsel ändern wird, geht er davon aus, dass es zu einem wie auch immer gearteten Zusammenbruch kommen wird, dass es eine Zukunft für ein Post-Israel und Palästina geben wird. Die Lösung des Problems sieht er nur in einem demokratischen Staat, nicht in einer Zweistaatenlösung. Um den zu erreichen, brauche es eine sehr große und starke Allianz aus antizionistischen Juden in Israel, antizionistischen Juden in Deutschland, religiösen und säkularen Christen und dem globalen Süden. Pappé geht vom Zusammenbruch des Zionismus aus, der sich zeige in der Zersplitterung der israelisch-jüdischen Gesellschaft, in der Wirtschaftskrise Israels, in der wachsenden internationalen Isolation Israels, in einem weltweiten Umbruch unter jungen Juden, in einer Schwäche der israelischen Armee und in einer Erneuerung der Kräfte unter der jüngeren Generation der Palästinenser.

[Jakob Reimann](#) arbeitet nach seinem Masterabschluss als freier Journalist und Autor. Er ist Gründer und Herausgeber der Website 'JusticeNow!'; seine Themenschwerpunkte Osteuropa, Balkan und Naher Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Jeffrey Sachs: **Offener Brief von Jeffrey Sachs an den israelischen Außenminister**

Der US-amerikanische und jüdische Ökonom Jeffrey Sachs hat seinen Offenen Brief an den israelischen Außenminister Gideon Sa'ar veröffentlicht. Darin verurteilt er die Vorgehensweise der israelischen Regierung gegen die Palästinenser als "Massenmord und Aushungerung". Sachs wirft dem Minister auch vor, in seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat nicht erwähnt zu haben, dass israelische Soldaten hungernde Zivilisten bei ihrer Annäherung an Lebensmittelausgabestellen kaltblütig erschießen, dass zwei Millionen Palästinenser ausgehungert werden und Israel die Hamas über Jahre hinweg finanziert habe. Zudem sei Israel nicht "der souveräne Staat des jüdischen Volkes", weil er und Millionen anderer Juden die zionistische Konstruktion Israel ablehnen. Judentum habe nicht mit Nationalität zu tun, sondern mit einem "Leben in Ethik, Kultur, Tradition, Recht und Glauben".

Sachs erinnert daran, dass die großen rabbinischen Gelehrten des Babylonischen Talmuds eine kollektive Rückkehr der Juden nach Jerusalem ausdrücklich untersagten. Viele der ursprünglich lebendigen jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt seien durch die von den Zionisten geschaffenen Anreize geschwächt oder zerstört worden. Sachs erinnert auch daran, dass 1917 der einzige Jude in der britischen Regierung gegen die Balfour-Deklaration protestiert habe. Und daran, dass laut dieser Deklaration "nichts getan werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigt". Aber die israelische Regierung betreibe die "dauerhafte Besetzung ganz Palästinas" und "bekämpft mit Gewalt und Entschlossenheit die Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates". Damit stelle sich Israel gegen nahezu die gesamte Welt. [Sachs wirft der israelischen Regierung vor, den Frieden abzulehnen und auf die vollständige Kontrolle über ganz Palästina zu zielen](#). Israel werde einzig von den USA unterstützt, wofür der wesentliche Grund in der Vorstellung der dortigen evangelikalen protestantischen Bewegung liege, dass die "Zusammenführung der Juden in Israel" das Vorzeichen für deren Bekehrung oder Verdammung und für das Ende der Welt sei.

Sachs: "Herr Minister, die weltweite Empörung, die Sie beklagen, richtet sich nicht gegen Juden, sondern gegen die Taten Ihrer Regierung. Israel wird nicht durch arabische Staaten, Palästinenser oder Iran bedroht – sondern durch den religiösen Fanatismus und Extremismus im Inneren, der Juden wie Nichtjuden weltweit dazu bringt, Israel zu verurteilen. Die größte Bedrohung für Israels

Überleben ist die Politik der extremistischen Regierung unter Benjamin Netanjahu, Bezale Smotrich und Itamar Ben-Gvir. Die Zwei-Staaten-Lösung ist der Weg – und der einzige Weg – für Israels Fortbestehen.“

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der 'Millennium Development Goals'. Er ist Direktor des 'UN Sustainable Development Solutions Network' sowie Direktor des 'Earth Institute an der Columbia University'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BüSo: **Dänisches Fernsehen: Israels Ex-Premierminister Olmert verurteilt Gaza-Krieg**

Der ehemalige israelische Premierminister Ehud Olmert hat in einer Nachrichtensendung des dänischen Fernsehsender DR2 den Plan der israelischen Regierung, die Stadt Gaza einzunehmen und den Krieg fortzusetzen, sowie die Regierung Netanjahu verurteilt. Nachdem Israel auf die Hamas-Angriffe vom 7. Oktober reagiert habe, gebe es "kein Ziel [...], das die Kosten einer Fortsetzung des Krieges rechtfertigt, bei der möglicherweise Geiseln verloren gehen, viele israelische Soldaten unnötig getötet werden und viele Palästinenser sterben, die nichts mit Terror zu tun haben. Unter diesen Umständen gibt es keine Grundlage für eine Fortsetzung des Krieges, und das ist die Meinung von mehr als 70% der Israelis. [...] Wenn dieser Plan [die Eroberung von Gaza-Stadt] die Deportation von Hunderttausenden von Gazanern bedeutet, ist das völlig unerträglich und inakzeptabel..." Es wäre eine Zwangsdeportation, und in diesem Fall "gibt es [keine Möglichkeit, dies anders zu interpretieren als eine ethnische Säuberung](#). Ich hoffe, dass es nicht dazu kommt." Die Träume von Großisrael "sind eine [...] unmittelbare Gefahr für das Wohlergehen, die Zukunft, die Sicherheit und die Stabilität sowie den Status des Staates Israel. Und ich hoffe, dass wir innerhalb des Staates Israel genug Macht haben, um dies zu verhindern." Olmert fordert den Sturz der Regierung Netanjahu und ruft die internationale Gemeinschaft auf, zwischen der Regierung und dem israelischen Volk zu unterscheiden.

Am 24.08.2025 fand in Kopenhagen die größte pro-palästinensische Demonstration seit Kriegsbeginn statt, an der laut Angaben eines teilnehmenden Organisations möglicherweise 70'000 Menschen teilnahmen. Sie wurde von 100 humanitären Organisationen, Gewerkschaften und anderen organisiert.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BüSo: **Reuters-Fotografin tritt wegen Tötung von Journalisten in Gaza durch Israel zurück**

Valerie Zink, seit acht Jahren als freie Mitarbeiterin für Reuters tätig, hat nach dem israelischen "Double-Tap"-Angriff am 25.08.2025 auf das Nasser-Krankenhaus in Khan Yunis, bei dem 20 Menschen, darunter 5 Journalisten, getötet wurden, bei Reuters gekündigt. In einer Erklärung schrieb sie: "Angesichts der Rolle, die Reuters bei der Rechtfertigung und Ermöglichung der systematischen Ermordung von 245 Journalisten in Gaza gespielt hat, ist es mir unmöglich, meine Beziehung zu Reuters aufrechtzuerhalten." Sie kritisiert Reuters, "Israels völlig unbegründete Behauptung zu veröffentlichen, Al-Sharif sei ein Hamas-Aktivist gewesen – eine von unzähligen Lügen, die Medien wie Reuters pflichtbewusst wiederholt und mit Würde versehen haben. Die Bereitschaft von Reuters, Israels Propaganda fortzusetzen, hat ihre eigenen Reporter nicht vor dem Völkermord Israels verschont. [...] Indem man Israels genozidale Fiktionen wiederholt, ohne

ihre Glaubwürdigkeit zu überprüfen – und damit [bewusst ihre grundlegendste journalistische Verantwortung aufgeben](#) –, haben westliche Medien dazu beigetragen, dass in zwei Jahren auf einem winzigen Stück Land mehr Journalisten getötet wurden als im Ersten und Zweiten Weltkrieg und in den Kriegen in Korea, Vietnam, Afghanistan, Jugoslawien und der Ukraine zusammen, ganz zu schweigen davon, dass eine ganze Bevölkerung ausgehungert, ihre Kinder zerfetzt und Menschen lebendig verbrannt wurden.“

Auch David Hearst, Chefredakteur von ‘Middle East Eye’, meldet sich angesichts der getöteten Journalisten: “Israel kann die Wahrheit über den Völkermord, den es in Gaza begeht, nicht verbergen, deshalb tötet es so viele Menschen wie möglich, die jeden Angriff dokumentieren“, sagte er. „Was Israel in Gaza tut, ist staatlich praktizierter Terrorismus. Indem es so viele Zivilisten und Nichtkombattanten wie möglich tötet und Krankenhäuser, Ersthelfer und Journalisten ins Visier nimmt, versucht es, die Palästinenser zu terrorisieren, damit sie ins Ausland fliehen. Das darf und kann nicht gelingen. Es ist Aufgabe jeder Nation, die sich als zivilisiert bezeichnet, dies zu verhindern.“

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt ‘Neue Seidenstraße’ die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Marta Andujo: Gipfeltreffen der Haager Gruppe: Sechs Maßnahmen, um den Völkermord in Palästina zu stoppen**

Die Haager Gruppe ist ein im Januar 2025 auf Initiative der “Progressiven Internationale“ gebildeter Zusammenschluss von Staaten, die sich für “koordinierte rechtliche und diplomatische Maßnahmen“ zur Verteidigung des Völkerrechts und in Solidarität mit dem palästinensischen Volk einsetzen. Ihr erster Dringlichkeitsgipfel auf Ministerebene hat vom 15./16.07.2025 in Bogotá (Kolumbien) stattgefunden. [Länder des Globalen Südens haben dort konkrete Maßnahmen beschlossen](#), die dazu beitragen sollen, Israels Krieg zu beenden:

1. Verbot der Lieferung oder des Transfers von Waffen, Munition und militärischer Ausrüstung und Gütern mit dualer Verwendungsmöglichkeit nach Israel.
2. Verweigerung der Durchfahrt, des Anlegens und von Hafendienstleistungen für Schiffe mit Ziel Israel, die militärische Ausrüstung transportieren.
3. Verhinderung des Transports von Waffen nach Israel auf Schiffen unter eigener Landesflagge, um so die Achtung des UN-Seerechtsübereinkommens zu garantieren.
4. Sofortige Überprüfung öffentlicher Aufträge, um zu verhindern, dass staatliche Mittel oder öffentliche Einrichtungen direkt oder indirekt die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete unterstützen.
5. Stärkung der nationalen und internationalen Justizsysteme, um die Rechenschaftspflicht in Fällen von Verbrechen gegen das Völkerrecht in den besetzten Gebieten sicherzustellen.
6. Unterstützung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit, damit Verbrechen gegen das Völkerrecht in Palästina unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Verantwortlichen untersucht und verfolgt werden können.

An der Konferenz in Bogotá nahmen Delegationen aus rund dreißig Ländern teil. Anwesend waren auch UN-Vertreter, darunter Francesca Albanese, Sonderberichterstatterin des UN-Menschenrechtsrates für die Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten.

[Inhalt](#) ↑

- Ewald Wetekamp: **Von der Erosion des Rechts zur Usurpation der Macht**

In den ersten 19 Artikeln des deutschen Grundgesetzes finden sich zahlreiche Freiheits- und Abwehrrechte. Um diese in Anspruch nehmen zu können, bedarf es der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Justiz. Für Ewald Wetekamp ist es allerdings erstaunlich, dass das [Verfahren zur Wahl der Bundesverfassungsrichter](#), die Träger und Garanten des BVerfG (Bundesverfassungsgericht) so angelegt ist, dass sich die Parteipolitik durchsetzen kann. Besonders krass ist das nach Wetekamp bei der Wahl des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Habarth zu sehen gewesen: Dieser wiederholte für seine Bewerbung um das Amt des Präsidenten des BVerfG lediglich die Grundsätze der damals aktuellen Regierungspolitik der CDU-Chefin Angela Merkel. Auch die aktuellen Verfassungsrichterwahlen werden nach Wetekamp für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert. Zwei der drei Kandidaten hätten das traditionelle Zurückhaltungsgebot, ein Ausdruck von richterlicher Neutralität, missachtet: Frauke Brosius-Gersdorf (SPD) bzgl. eines Parteiverbots der AfD, bzgl. der Geltung der Menschenwürde für Embryos und bzgl. einer Impfpflicht; Ann-Katrin Kaufhold (SPD) bzgl. einer Notwendigkeit, das Grundgesetz einer ökologischen Transformation zu unterziehen. Wetekamp ruft uns Bürger auf: "Sorgen wir dafür, dass unser Gemeinwesen und seine hochstehende Zivilisation und Kultur nicht an der Erosion des Rechts, durch verlorene Tugenden und kulturelle Amnesie zugrunde geht."

[Inhalt](#) ↑

- Maïke Gosch: **Sex, Lügen und Kriegsverbrechen: Der Internationale Strafgerichtshof im Kreuzfeuer von Politik und Geheimdiensten**

Maïke Gosch legt dar, dass der IStGH zunehmend zum Opfer und Spielball des massiven Drucks wird, den die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der westlichen Staaten, internationales Recht hochzuhalten und zu achten, und deren bedingungsloser Unterstützung der Kriegsverbrechen Israels auslöst. Die Methoden, die dabei angewendet werden, erinnern an Mafiafilme. So sollen durch Drohungen, Intrigen und Lügen verhindert werden, dass Haftbefehle gegen israelische Politiker zustande kommen. [Insbesondere der Chefankläger Karim Khan ist diplomatischem, politischem und medialem Druck ausgesetzt](#), wie Gosch an Beispielen aufzeigt. Eine Untersuchung der britischen Tageszeitung 'The Guardian' gemeinsam mit der israelisch-palästinensischen Zeitschrift +972 und der hebräischen Publikation 'Local Call' ergab z.B., dass Israel fast ein Jahrzehnt lang einen geheimen "Krieg" gegen den Gerichtshof geführt hat. Das Land setzte seine Geheimdienste ein, um hochrangige Mitarbeiter des IStGH zu überwachen, zu hacken, unter Druck zu setzen, zu diffamieren und angeblich zu bedrohen, um die Ermittlungen des Gerichtshofs zu behindern. Unter diesem Druck und US-Sanktionen hat Khan seinen Dienst vorübergehend niedergelegt. Die Ermittlungen gegen Israel liegen seitdem faktisch auf Eis, auch wenn sie offiziell von Nazhat Shameem Khan (nicht verwandt) und Mame Mandiaye Niang weitergeführt werden. Im April 2025 wies der IStGH seine Mitarbeiter in einer geheimen inneren Anordnung an, dass ab diesem Zeitpunkt alle Anträge auf Haftbefehle im Falle Palästina/Israel geheim gehalten werden müssen und nicht mehr an die Öffentlichkeit gelangen dürfen. Diese Entscheidung hat zur Folge, dass der IStGH damit seine Möglichkeit, allein durch die Anträge auf einen Haftbefehl Druck auf die israelische Führung aufzubauen, ihre Kriegsverbrechen zu beenden, verloren hat.

[Maïke Gosch](#), Jg. 1972, studierte Jura und arbeitete als Rechtsanwältin für Medienrecht, dann als Kommunikationsstrategin und freie Autorin. [Sie unterstützt "NGOs, Stiftungen sowie alle Unternehmen und Menschen, die sich eine gute Sache einsetzen"](#). Sie ist auch eine erfahrene [Dozentin für Storytelling und politische Kommunikation](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Kreiß: **Leistungslos abkassieren**

Laut dem jüngsten Vermögensbericht der UBS-Bank gehört die halbe Erdkugel, das heißt Boden, Immobilien, Unternehmen und Zinspapiere den reichsten 2 Prozent aller Menschen. [Etwa neun Zehntel allen physischen Eigentums ist in Händen der oberen 20 Prozent](#). Die unteren 80 Prozent teilen sich etwa ein Zehntel aller Vermögen, und die untere Hälfte kommt auf etwa ein Prozent allen Besitzes. Somit fließen etwa die Hälfte aller Mieten, Pachten, Unternehmensgewinne, Dividenden und Zinsen an die oberen 2 Prozent der Menschheit.

Christian Kreiß zeigt wie die dann noch differenzierter betrachtete ungerechte Verteilung von Vermögen durch tagtägliche Umverteilung vorangetrieben wird. Am Beispiel Mercedes rechnet er vor, dass die Auszahlung des jährlich an die Aktionäre geflossene Geld für die Beschäftigten eine Lohnerhöhung von 41% bedeuten würde. Kreis macht klar, dass von der gesamten Konzernwertschöpfung von 2022 bis 2024 56% an die arbeitenden Menschen und 44% an nicht im Konzern arbeitende Aktionäre gingen. Bei dem Immobilienunternehmen Vonovia sind 30% der Mieten der letzten vier Jahre direkt an die Anteilshalter (89% sind institutionelle Investoren) durchgeleitet worden, ohne dass diese einen Beitrag zum Erhalt der Wohnungen leisten. Insgesamt sieht Kreiß die Tendenz, dass Wohlhabende über leistungslose Einkommen immer reicher, den Beschäftigten immer weniger bleibt und sie zudem das Risiko tragen, arbeitslos werden zu können. Vergleichbares sieht Kreiß bei den Bodenrenten.

Eine Fülle von Maßnahmen zur Abhilfe der oben beschriebenen Entwicklungen hat Kreiß in seinem Buch "[Das Mephisto-Prinzip in unserer Wirtschaft](#)" zusammengetragen. Hinsichtlich der Wohnungsnot macht Kreiß in seinem hier angerissenen Artikel eine Reihe von Vorschlägen.

Christian Kreiß, Jg. 1962, studierte Volkswirtschaftslehre und war neun Jahre als Bankier tätig. Seit 2002 arbeitet er als Professor an der Hochschule Aalen für Finanzierung und Volkswirtschaftslehre. Kreiß setzt sich seit Jahren für eine gerechtere Wirtschaft und Gesellschaft ein und fordert kritisches und aufgeklärtes Verbraucherverhalten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Marc Botenga: **Die schändliche Rolle der EU im Kongokrieg**

Der Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo, an der Grenze zu Ruanda, hat nach offiziellen Angaben in den letzten 27 Jahren mindestens 6 Millionen Todesopfer gefordert. Die EU spielt in diesem Krieg eine direkte und tödliche Rolle. Heute destabilisiert die sogenannte Rebellengruppe M-23 die Region. Mit Hilfe Ruandas besetzt sie einen Teil des kongolesischen Territoriums mit der ihr über Ruanda zufließenden Unterstützung in Form von Waffen, Geld und Soldaten. UN-Generalsekretär António Guterres forderte das ruandische Regime vergebens auf, die Unterstützung der M-23 einzustellen und sich aus dem Territorium der DR Kongo zurückzuziehen.

Der Osten der DR Kongo ist extrem reich an Mineralien und anderen natürlichen Ressourcen (Coltan, Kobalt). Der Krieg, die Massaker und die Destabilisierung im Osten des Kongo helfen denen, die die natürlichen Reichtümer und Rohstoffe des Kongo stehlen wollen. Ruanda exportiert seit Jahren weit mehr Rohstoffe als es "produziert". Eine Expertengruppe der UNO hat festgestellt, dass Ruanda im Jahr 2023 seine Coltan-Exporte im Vergleich zu 2022 um 50% steigerte. Jeden Monat schmuggelt die M-23 ca. 150 Tonnen Coltan von der besetzten kongolesischen Stadt Rubaya nach Ruanda.

Dem kleinen Ruanda gelang es, den viel größeren Kongo dauerhaft zu destabilisieren, weil Ruanda die volle Unterstützung des Westens, der USA, aber auch der EU, erhielt. Im Rahmen der sogenannten "Friedensfazilität" bietet die EU der ruandischen Armee jährlich 20 Mio. Euro an. Im Rahmen seines Global-Gateway-Programms hat die EU bis Ende 2023 Investitionen in Ruanda in Höhe von mehr als 900 Mio. Euro versprochen, insbesondere in die Infrastruktur. Im Februar 2024

schloss die EU dann mit Ruanda ein privilegiertes ‘Memorandum of Understanding’ über Rohstoffe ab. Fakt ist: [Indem die EU-Kommission den Export von Rohstoffen fördert, ermutigt sie Ruanda, die Plünderung des kongolesischen Reichtums zu intensivieren](#). So konnte die M-23 knapp zwei Monate nach Vertragsabschluss im April 2024 die strategisch wichtige Stadt Rubaya erobern, die 15% der weltweiten Coltan-Produktion ausmacht, und stiehlt seitdem jeden Monat 150 Tonnen Coltan.

2012 wurde die M-23 von der kongolesischen Armee und ihren südlichen Verbündeten besiegt. Aufgrund öffentlichen Drucks hat der Westen, die internationale Finanzhilfe für das ruandische Regime in Höhe von 240 Mio. Dollar wegen der Rolle, die Ruanda in der DR Kongo spielte, ausgesetzt. Nachdem auch die USA die Unterstützung für die M-23 eingestellt hatten, brach die M-23 zusammen. Mit anderen Worten: Ohne die aktive Rolle des Westens wäre dieser Krieg, der bereits so viele Tote und Opfer gefordert hat, schon vor langer Zeit beendet worden. Marc Botenga hält ein militärisches Embargo gegen Ruanda für notwendig. “Das ‘Memorandum of Understanding’ über Rohstoffe muss annulliert werden, und die im Rahmen des Global-Gateway-Programms geplanten Investitionen müssen überprüft werden. Lassen Sie uns Druck auf die europäischen Staats- und Regierungschefs ausüben. Mobilisieren wir auf der Straße, um der EU-Komplizenschaft ein Ende zu setzen.“

Zu dem Thema hat Isabelle Ntumba Biakana in Österreich den [Vortrag “Krieg in der DR Kongo“](#) (einschl. der Geschichte des Kriegs) gehalten (42m35). Im Januar 2025, als der Konflikt eskalierte, haben sich sowohl [Thomas Röper \(Anti-Spiegel\)](#) u.a. unter Nutzung der TASS als auch [Peter Küpfer \(Zeit-Fragen\)](#) mit den Hintergründen und Unterstützern der M-23 beschäftigt.

[Marc Botenga, Jg. 1980](#), ist Mitglied der ‘Partei der Arbeitenden Belgiens’ (PTB) und politischer Berater der ‘European United Left’ (GUE/NGL) im Europäischen Parlament. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Ariet Güttinger & Peter König: Neutralität als Friedensmotor: Internationales Kolloquium in Genf**

Ende Juni trafen sich Experten und Friedensaktivisten aus aller Welt in Genf, um über die Rolle aktiver Neutralität in einer zunehmend militarisierten Welt zu beraten. Im Zentrum der Veranstaltung stand eine Vision: [Neutralität nicht als Passivität, sondern als aktive Kraft für Frieden neu zu denken](#). Bei der Diskussion “wurde betont, dass Neutralität heute mehr ist als außenpolitische Zurückhaltung. Vielmehr handele es sich um eine aktive, ethische Haltung, die sich durch diplomatische Vermittlung, Nichtbeteiligung an Sanktionen und Kriegen sowie durch Engagement für Gerechtigkeit auszeichnet“. Dabei müsse die Zivilgesellschaft die treibende Kraft werden, die allerdings auf faktenbasierte Information angewiesen sei. Die Teilnehmer erarbeiteten ein Programm, nach dem bis Ende 2026 ein internationales Netzwerk von Akteuren (Universitäten, NGOs, Regierungsstellen) beteiligt sein sollen. Bis Ende 2030 soll eine UN-Erklärung zur aktiven Neutralität erreicht und danach u.a. ein global bindendes Abkommen über Neutralität im digitalen Zeitalter verabschiedet werden.

[Henriette Hanke Güttinger, Jg. 1949](#), pensionierte Lehrerin und Redaktionsmitglied der Schweizer Zeitung ‘Zeitgeschehen im Fokus’. Ihre [Erfahrung als Menschenrechtsbeobachterin](#) in Palästina und Israel hat sie in dem Buch “This is Palestine... is this Palestine? Das ist Palästina ... ist das Palästina?” sehr gut beschrieben. (Red.)

[Peter Koenig, Jg. 1947](#), forscht seit mehr als 30 Jahren über das Geld und seinen Einfluss auf Mensch, Organisation und Gesellschaft. Er gibt Geldseminare zu einem freieren und erfolgreichen Umgang mit Geld bei sich selbst, in Unternehmen und in der Gesellschaft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑